

**Kocka:** Nicht Erinnerungswert, sondern verfehlt war die Parlamentarismus- und Rechtsstaatskritik der 60er Jahre, ich sagte es schon. Es mag sein, dass an der Kapitalismuskritik der 68er-Bewegung, soweit sie über fundamentalistische Klassiker-Exegese hinausging, das eine oder andere wiederzuentdecken ist, das in einer Zeit des weltweit siegreichen Kapitalismus und wieder anschwellender Kritik an seinen sozialen Kosten von Interesse ist. Vor allem aber verdient es die Bewegung der 60er Jahre, als eine eindrucksvolle, wenn auch mit vielen Widersprüchen behaftete, zivilgesellschaftliche Bewegung erinnert zu werden, die sich in ihren besseren Teilen an den verdrängten Belastungen der deutschen Geschichte und den offenkundigen sozialen Ungerechtigkeiten ihrer Gegenwart rief, neue Formen des öffentlichen

Engagements entwickelte und – zum Teil illusionär und maßlos, zum Teil aber auch mit scharfem Urteil und starker langfristiger Wirkung – nach Demokratisierung, Emanzipation, Abschaffung überflüssiger Herrschaft und neuen kulturellen Selbstverwirklichungsmöglichkeiten strebte. In heutiger Sprache erscheint die 68er-Bewegung, in ihren gelungenen Teilen, als wirkungsvolles Beispiel bürgerschaftlichen Engagements: Große Gruppen der Bevölkerung engagierten sich in eigener Regie für öffentliche Zwecke, ohne auf obrigkeitstaatliche Vorgaben zu warten, gemeinsam mit anderen, über die Verfolgung privaten Glücks und privat-partikularer Zwecke hinaus. Wenn man in unserer Geschichte nach Anknüpfungspunkten für zukunftsgerichtetes Denken und zukunftsfähige Politik sucht, dann ist das einer.

*Gunter Hofmann*

## Ist die Anti-68er-Bewegung eine Rache an Rot-Grün?

*Die 68er konnten mit der rot-grünen Koalition die Geschicke der Republik in die Hand nehmen: Ein Gräuelfür jeden Konservativen. Hinter der Kritik an der rot-grünen Koalition und den 68ern steckt aber nicht der schlichte Streit um politische Positionen. Vielmehr weckt gerade die erfolgreiche Modernisierung durch Rot-Grün Ressentiments auf konservativer Seite.*

In letzter Sekunde beförderte der Machtwechsel 1998 nach sechzehn ewigen Jahren mit Kanzler Helmut Kohl doch noch die »68er«-Generation in die *Beletage* der Politik. Sie hatte es selber kaum noch geglaubt.

Eine Generation kam 1998 also für kurze Zeit an die Schalthebel, die mit 1968 assoziiert wurde und die es oft auch selber so sah, dass sie damals nämlich politisch erwacht sei. Mal trat sie irritierend unsicher, mal überaus selbstbewusst und mit Aplomb auf, drückte sich zeitweise vor Entscheidungen, schulterte dann aber enorm viel, und verschwand nach der Wahl im Herbst 2005 wieder komplett. Das war



**Gunter Hofmann**

(\* 1942) leitete das *Zeit*-Büro in Bonn und Berlin und ist Chefkorrespondent der Wochenzeitung. Zuletzt erschien *Schuld & Sühne & Stolz & Vorurteil. Polen und Deutsche* (gemeinsam mit Adam Krzeminski).

hofmann@zeit.de

aber kein Erfolg der Mode-Kritik, die auf den Kanzler und die regierenden »68er« niederprasselte. Das Ende hatte der Kanzler, ein Alleinregieführer, auch noch selber herbeigezwungen, als wolle er die Republik in eine Große Koalition stubsen. Rot-Grün,

meinte Gerhard Schröder nämlich von Anfang an, sei eine Konstellation gegen den Zeitgeist, gegen die Zeiterfordernisse gewesen. Er richtete sich damit nicht gegen die »68er«, aber schon gar nicht sollte seine Koalition das Werkzeug in den Händen dieser Generation sein. Ein politisches Projekt war aus dieser Beziehung von Sozialdemokraten und Grünen aus Kanzlersicht jedenfalls nicht zu machen, und das ist es auch nicht wirklich geworden, glaubte er. Weder ihn, noch die »68er«-Generation, die mit ihm nach oben kam, hat das vor dem geradezu modischen *bashing* bewahrt. Schier alles wurde ihr angelastet, von der *political correctness* bis zur absoluten Unzuverlässigkeit; waren die Sozialdemokraten einst als vaterlandslose Gesellen der Nachkriegsjahre denunziert worden, so hatte man nun einen scheinbar passenden zeitgemäßen Ersatz hierfür gefunden. Etwas »Vaterlandsloses« klang in dem *ressentiment* freilich erneut an. Generell aber taugten sie als Projektionsfläche für beliebige Ressentiments fast noch besser.

Gerhard Schröder behauptete es übrigens nicht nur kokett, er war auch wirklich kein »68er«, der die rot-grüne Koalition als letzte Chance für diese Generation begriffen und daraus den tollkühnen Entwurf einer »Berliner Republik« gezaubert hätte. Kulturell allerdings gehörte auch Schröder sehr wohl dazu. Sein Milieu war auch ihr Milieu. Wenn er den Außenminister in Schutz nahm nach der Veröffentlichung von peinlichen Fotos aus dessen jungen »Straßenkämpfer«-Jahren in Frankfurt, dann ging es nicht nur darum, die Koalition zusammenzuhalten, sondern den Kulturwandel, die Versöhnung der Bundesrepublik mit sich selber, nicht rückgängig zu machen und die Republik vor dem Rückfall in den alten Muff zu bewahren.

Diese Ambivalenz, dazuzugehören und doch nicht, kein tollkühnes politisches Projekt zu verfolgen und dennoch pragmatisch die Alltagspolitik einzujustieren auf die neuen Verhältnisse im Inneren und nach

Außen, das hat Schröder politisch zweideutiger und unkalkulierbarer, es hat seine Kanzlerschaft aber auch stärker und markanter gemacht. Verstärkt hat diesen Effekt auf ganz andere Weise Joschka Fischer, der sich zum Abschied den »letzten Rock-'n'-Roller der 68er-Generation« nannte und der doch die dunklen Dreiteiler des Außenministers derart demonstrativ genoss.

Natürlich zog er die Pfeile auf sich, schon wegen dieser »Brüche« im Lebenslauf. Welchen Aufschrei die »Visa-Affäre« (die keine war) auslöste, weil dieser Hasardeur im Außenminister-Zwirn den Waffenhändlern, Zuhältern und Dirnen Osteuropas Tür und Tor öffnete: In Wahrheit eine Lächerlichkeit! Aber gerade viele Journalisten, ungefähr so alt wie der Gescholtene, fielen über Fischer her, zum Teil waren es sogar Weggefährten, die ihn umschwärmt hatten. Sie hatten ihn zum Helden verklärt, nun sollte er der Schurke sein. Wollten sie wirklich ihm oder nicht doch eher sich beweisen, dass sie noch mehr dazu gelernt hätten als er und dass sie es seien, die diese Republik an der kurzen Leine halten?

### **»Umgründung« der Bundesrepublik**

Im Abwehrreflex gegen Rot-Grün entwarfen Kritiker gern das Bild einer herrschenden Generation, welche aus dem Regel- und Ordnungssystem der alten Bundesrepublik herausgesprungen sei, die Bundesrepublik also auf den Kopf gestellt habe, sie lösen wollte aus ihren alten Wertebindungen – seien es die transatlantischen, seien es die familiären und ethischen. Nicht nur Ulrike Meinhof hatte ihre Unschuld verloren mit ihrem Wechsel zur RAF, die ganze Generation sympathisierte angeblich klammheimlich mit ihren Gewaltvisionen! So klang die Kampfansage an Rot-Grün, die – Treppenwitz der Geschichte – die Regierungssessel besetzt hielt. Aus der Sicht solcher Kritiker hatten »die 68er« nicht beige-

tragen zur Selbstverständigung und Selbstvergewisserung der Republik, also zur »Umgründung« (Manfred Görtemaker), sondern in Frage gestellt, was seit Adenauers Gründerjahren irgendwie fertig war: *Die Bundesrepublik*. Seitdem musste sie nur noch verteidigt werden gegen ihre Gegner und Feinde. Seit der Zeitenwende von 1989 und dem Untergang des DDR-Sozialismus war der Bedarf an inneren »Widersachern« und Feindbildern aber gewachsen, zum Glück bot sich diese Generation mit ihrem unübersehbaren Selbstbewusstsein oder auch ihrer Arroganz (Fischer!) als Projektionsfläche neu an. Besonders stark wucherten die Animositäten gegen Rot-Grün bei jenen, die sich sträubten gegen den Gedanken, dass die Bundesrepublik erst in einem langen Lernprozess von Konflikt zu Konflikt sich selber gefunden hat. Darin aber hat 1968 als Lerndatum einen besonderen, 1998 bis 2005 mindestens auch einen bedenkenswerten Platz.

Vorgehalten wurde den »68ern« in den Berliner Regierungssätern pikanterweise schließlich auch, nicht das System zu unterwandern, obwohl sie diesen Ruf mitschleppten, sondern die alte erstarrte Bundesrepublik in ihrer Krämerseligkeit und sozialen Hängematte zwanghaft zu verteidigen gegen Anforderungen der Moderne. Aus den »Systemgegnern« wurden somit unversehens »Systemapologeten«. Gegen sie riefen nun national gesinnte beamtete Professoren wie Arnulf Baring, die früher die Republik vor ihren »Systemkritikern« beschützen wollten, zum Widerstand auf – »Bürger auf die Barrikaden!« Der Vorwurf, die Republik sei »blockiert« und das deutsche Modell laufe aus, kam in seiner pauschalsten und schlichtesten Fassung während der rot-grünen Jahre vor allem von konservativer Seite. »Systemkritik von rechts« zur Hauptsendezeit: Die Jeremiaden über die »Reformverweigerung« der Deutschen in Sabine Christiansens TV-Talkshow wurden zur Leitmelodie jener Jahre.

### Letzte Wendung des Ressentiments

Was also schon anklang während der rot-grünen Jahre, mündet heute in renegatenhafte Selbstbezeichnungen zum 40. Geburtstag der »68er«. Eine ganze Flut solcher Werke kommt bzw. ist auf den Markt. Es geht hier nicht darum, die »kritische Generation« vor Kritik zu schützen, die sie verdient hat. Aber es schwingt ja etwas anderes mit als ernsthafte Selbstreflexion über Schwächen, Stärken, Anmaßung oder Versagen 23 kurze Jahre nach dem Ende des Hitler-Reiches. Es geht vielmehr um das Abstrafen der Anderen, um sich zu entlasten. Es geht auch um Überanpassung, und dazu dient instrumentell dieses Bildnis von den deutschen Mudschaheddin, die seit 1968 die Republik umkrepeln wollten und denen dann auch noch die Schalthebel der Macht in die Hände fielen. Das Ziel? Endlich Anerkennung, Applaus vom vermeintlichen *Mainstream*. Politisch legitimiert wird damit erneut das schlichte Feindbild, das von »den 68ern« gezeichnet wird: Schmutzkinder wie später die Grünen. Wie konnte man die nur in Regierungssätern lassen! Ungeschehen muss man die sieben Jahre machen! Und wie macht man das? Schon einmal waren sie als »Hitlers Children« denunziert worden, aber diese erste Ressentiment-Welle plätscherte ergebnislos aus, vielleicht kann man es ja heute erfolgreicher noch einmal mit diesem Totschlag-Argument versuchen? Ganz locker vergleicht also Götz Aly, selbst einer der Fensterstürzer und Revoluzzer von einst, unter dem programmatischen Titel *Unser Kampf* (!) Joseph Goebbels und Rudi Dutschke, Holz vom selben Holz, die »Jugendbewegung« der Nazis unter Hitler war Vorläufer oder Schablone für die Jugendbewegung zu Zeiten der ersten Großen Koalition unter Kiesinger, Redewendungen und Rituale ähneln sich doch! Und Kiesinger, der Mitläufer von einst, wird gar als moralischer

Kronzeuge gegen die Wölfe im Schafspelz angerufen. Unter dem Deckmantel historischer Einordnung wird damit Geschichte nicht nur verzerrt bis zur Unkenntlichkeit, vor allem relativiert das den großen Zivilisationsbruch in Deutschland. Ich fürchte, bewusst. Es wird sich schon verkaufen.

Nur zu gut passt dieses Bild nämlich zu einem Zeitgeist, in dem *Ich nicht*, die Autobiografie Joachim Fests, Karriere macht. Im Zentrum steht der Freispruch für die deutsche Bürgerlichkeit. Fest will den Nachweis führen am Beispiel seines Vaters und natürlich seiner eigenen Vita. Und dieser »Beweis« wird denen entgegeng gehalten, die doch das deutsche Bürgertum mitverantwortlich gemacht haben für den Aufstieg der Nazis – den »68ern« also. Fest gewinnt somit späte Bündnispartner aus deren eigenen Reihen. An diesem Zeitgeist webt übrigens auch Hans Magnus Enzensberger, obwohl mit gewohnt ironischem Blinzeln, wenn er am Beispiel des Generals Kurt von Hammerstein nachweisen will, welcher »Eigensinn« ihn in großbürgerlicher Distanz zu den Nazis hielt, während die vielen Anderen der Fahne nachliefen (*Hammerstein oder der Eigensinn*, Suhrkamp Verlag 2008). Auch das heißt: Diejenigen, die von den selbsternannten Moralwächtern 1968 angeklagt worden sind, haben Respekt verdient. Geirrt haben die anderen! War Grass, der Obermoralist, von Schröder und den »68ern« so verehrt, nicht gemäß seiner Spätenthüllung bei der Waffen-SS? In diese Phase der Ehrenrettung der Bürgerlichkeit platzen Bücher wie *Unser Kampf*. Was nach Selbstbeichtigung klingt, dient in Wahrheit zur Abgrenzung und Anklage der Anderen.

Noch ist die Geschichte dieser rot-grünen Etappe nicht wirklich geschrieben. Hinter manchen Ressentiments gegenüber den »68ern«, die auf die Schröder-Fischer-Koalition übertragen wurden, dürfte sich der Wunsch verborgen haben, abzulenken von sich selber. Oder: sich öffentlich zu kaschieren, um im Kampf um die Palme reiner

Moral den »68ern« in den Spitzenämtern der Republik, Gastprofessor in Princeton, Großverdiener als Redner und *Gazprom*-Manager, doch noch ein Schnippen zu schlagen. Soviel lässt sich sicher heute jedoch schon bilanzieren: Zu den ironischen Pointen der sieben Jahre gehört, dass ein Paradigmenwechsel auf zwei Feldern ausgerechnet von Rot-Grün gewagt wurde, im Sozialstaatlichen ebenso wie in der Außenpolitik.

Unterstellt wurde gerne, eine verschworene Generationen-Gemeinschaft – mindestens vier Ehen als Nachweis liberalen Zeitgeistes! – entziehe der Republik ihre Basis. Aus meiner Sicht verhielt es sich jedoch genau umgekehrt: Sie wurde von Rot-Grün nicht aufs Spiel gesetzt, ganz im Gegenteil, die Koalition der Willigen und Unwilligen, mit all ihren Schwächen und Stärken, Egos und Sensibelchen, wurde konfrontiert mit einer verwandelten Realität, mit den Folgen von 1989, mit der Globalisierung und dem 11. September – und die Republik erwies sich als lernfähig, ohne sich untreu zu werden. Man kann »nein« sagen zu einem Krieg wie dem im Irak, aber dennoch loyal verankert bleiben im Westen. Man kann auch den Sozialstaat an die globalisierten Verhältnisse anpassen, ohne in die marktradikale Melodie einzustimmen.

### Kulturelle Versöhnung

Hinter dem *Bashing* verbarg sich also wohl oft auch der Zorn, dass es gerade dieser Generation zu gelingen schien, die Bundesrepublik hineinzuführen in diese neuen Verhältnisse. In die Kohl-Jahre platzte zwar 1989 und die Einheit, im Übrigen aber waren es Status-quo-Jahre. Einen Meisterplan für das Neue hatten die Nachfolger nicht, nur nahmen sie den Mund manchmal ein bisschen voll, oft stolperten sie, begingen große Fehler, aber sie wagten auch großes Richtiges. Verriet sich in der Kritik nicht auch unausgesprochen, dass dieser Gene-

ration in den Ämtern gerade das klammheimlich übel genommen wurde?

Weil kein Projekt daraus wurde, konnten die Kritiker aber leicht über »1968« herfallen, als wäre es irrelevant gewesen, und wenn es irrelevant war, nun, dann waren es die sieben rot-grünen Jahre mit Schröder und Fischer auch, nicht wahr? Zu den bedauerlichen Schwächen der rot-grünen Koalition zählte es, wie mir scheint, dass sie sich nicht couragiert genug gegen diese schillernden Vorbehalte und Resentiments aus allen Himmelsrichtungen verteidigte. So diskursiv wie behauptet war die »diskursive Generation« wahrlich nicht. Erst Gerhard Schröder und Joschka

Fischer selbst haben in ihren Büchern über diese Jahre einiges geradezurück versucht.

Rache an Rot-Grün? Ja, aber ehrlich gesagt, egal ist das auch. Denn bloß keine Missverständnisse: Zu Larmoyanz gibt die Kritik keinen Grund, die Meinungsführerschaft gewinnt nicht zurück, wer sich sein Mütchen an Rot-Grün oder »den 68ern« kühlt, den Zeitgeist prägen nicht Fest, Aly oder Enzensberger, allerdings auch nicht die Große Koalition. Besser als ihr Ruf waren die sieben rot-grünen Jahre allemal, und hinter die kulturelle Versöhnung der Republik mit sich selbst führt so leicht auch nichts mehr zurück.

*Gesine Schwan*

## Die richtigen Fragen, aber keine verwendbaren Antworten

*So richtig manche Kritik der 68er war, so falsch war ihre Abkehr vom Reformismus und politischen Liberalismus.*

»Was ist eigentlich Ihr Erkenntnisinteresse?« – fast gebetsmühlenartig stellten rebellierende 68er diese Frage an ihre Professoren, und sie gingen damit vielen – auch mir zuweilen – auf die Nerven. Weil sich die Frage so ermüdend wiederholte und nicht gerade nachdenklich vorgebracht wurde. Heute wünschte ich mir, sie würde wieder häufiger gestellt. Ebenso wie die nach dem Zusammenhang von Wissenschaft und Wirtschaftsinteressen, damals lautete die Formel »Verwertungsinteresse des Kapitals«. Das klang sehr anonym, assoziierte Verschwörung und widersprach dem Augenschein einer noch weitgehend staatlich finanzierten Hochschule. Heute wäre auch diese Frage durchaus aktuell, aber sie wird selten gestellt.

Sie ist aktuell, weil der neue Schub ökonomischer Globalisierung die (überwiegend nationalstaatliche) Politik, die



**Gesine Schwan**

(\*1943) ist Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und seit 2004 Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Ihre jüngste Veröffentlichung: *Allein ist nicht genug. Für eine neue Kultur der Gemeinsamkeit* erschien 2007 im Herder-Verlag [president@euv-frankfurt-o.de](mailto:president@euv-frankfurt-o.de).

»das Kapital« politisch im Zaum hielt und sozialstaatlich regulierte, weitgehend entmachtet hat. Richard Löwenthal (alias Paul Sering) hatte diese (sozial)demokratische Zähmung des Kapitalismus in seinem damals oft zitierten Buch *Jenseits des Kapitalismus* kurz nach dem Zweiten Weltkrieg öffentlich propagiert. Die kritisch-freundschaftliche Beziehung zwischen ihm und Rudi Dutschke rührte daher, dass der studentische Revolutionär dem »leider abgefallenen« Reformisten Löwenthal immer-